

Technische und organisatorische Maßnahmen

Gerichtsurteile | aufsichtsbehördliche Stellungnahmen

Daten-
schutz-
praxis



Gerichtsentscheidungen

09.12.2021

LG München: 31 O
16606/20



Ergebnisse

- Unternehmen hätte sicherstellen müssen, dass Dienstleister Zugangsdaten des Kunden nach Ende dessen Vertragsbeziehung löscht bzw. abändert, um unbefugte Datenzugriffe (hier: Hackerangriff) zu verhindern
- Verstoß gegen Art. 32 und Art. 5 DSGVO
- Verweis auf ErwGr 39 DSGVO
- Aufgrund von Sensibilität der Daten hätte Unternehmen (nicht erfolgte) Löschung prüfen müssen

28.10.2021

OLG Düsseldorf: 16
U 275/20



Ergebnisse

- 2.000 € Schmerzensgeld für fehlversandte Gesundheitsakte durch Krankenversicherung
- Fehlverhalten eines einzelnen Mitarbeiters bedeutet noch nicht zwingend unzureichende Schutzmaßnahmen nach Art. 32 DSGVO (vorliegend waren Richtlinien vorliegend und Schulungen durchgeführt)
- Gespräch, in dem Einwilligung in Versand der Akte erteilt wurde: Frage der Verschlüsselung und Pseudonymisierung war kein Thema. Alternative Postversand gegeben – Wertung als bewusster Verzicht auf Verschlüsselung / Pseudonymisierung

30.06.2023

SG Hamburg: S 39 AS
517/23



Ergebnisse

- im Einzelfall kann, sofern vom Betroffenen gewünscht, von Vorgaben des Art. 32 DSGVO abgewichen werden kann
- Jobcenter muss barrierefreie Bereitstellung von Bescheiden in elektronischer Form – also unverschlüsselt – gegenüber Blinden
- § 9 Abs. 2 HmbBGG und § 10 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 BGG verlangen Berücksichtigung der Behinderung durch die Behörden
- wirksame konkludente Einwilligung in Form von Anfrage einer unverschlüsselten Bereitstellung erteilt
- Empfänger muss gleichzeitig Betroffener sein
- Recht auf Gleichbehandlung und Benachteiligungsverbot verletzt



Gerichtsentscheidungen

17.06.2024

LG Passau: 1 O
121/24



Ergebnisse

- Bereits öffentlich zugängliche Daten müssen nicht vor dem Zugriff unbefugter Dritter (hier Scraping von Telefonnummern aus Facebook) geschützt werden. Diese vom Schutzbereich des Art. 32 DSGVO nicht erfasst
- Für Schutzmaßnahmen seitens der Beklagten bestanden –jedenfalls vor Zeitpunkt des Bekanntwerdens des „Scraping-Vorfalls“ (ex ante) keine Veranlassung.

14.12.2023

EuGH: C-340/21



Ergebnisse

- erfolgreicher Cyberangriff (hier: auf bulgarischem Finanzministerium unterstellte Behörde NAP) bedeutet nicht zwingend Ungeeignetheit von TOM
- Eintritt eines Schadens kann nie vollständig ausgeschlossen werden
- ex-ante-Perspektive entscheidend – Einführung von Risikomanagement-system als Pflicht
- Verantwortliche trägt Beweislast für ausreichende Sicherheitsmaßnahmen



Behördenstellungnahmen

EU

MITGLIED-
STAATEN

ÖSTERREICH



Einwilligungseinholung in unverschlüsselten E-Mail-Versand von Patientendaten ist DSGVO-Verstoß (→)

SCHWEIZ

Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter EDÖB

Leitfaden zu den technischen und organisatorischen Maßnahmen des Datenschutzes (23.01.2024) (→)

DEUTSCHLAND



Datenschutzanforderungen im Kontext zur IT-Sicherheit für öffentliche Stellen (Februar 2021) (→)



Muster für Technische und Organisatorische Maßnahmen in Kitas (→)



Zur Möglichkeit der Nichtanwendung technischer und organisatorischer Maßnahmen nach Art. 32 DSGVO auf ausdrücklichen Wunsch betroffener Personen (24.11.2021) (→)



Prozess zur Auswahl angemessener Sicherungsmaßnahmen (ZAWAS) (30.11.2018) (→)



Stand der Technik (→)



Sozialdaten dürfen nicht per unverschlüsselter E-Mail via Internet übermittelt werden! (→)



RFID-Funkchips für jede Gelegenheit? (10.08.2020) (→)



Standard-Datenschutzmodell (24.11.2022) (→)



Habe ich etwas vergessen, z.B. ein Urteil oder eine Behördenstellungnahme?

+49 176 83271676

INFO@PRIVACYLECTURE.COM

